

Anmerkungen zum Zustand und zum Wirken der Freiwirtschaft und die Folgen für unsere Gesellschaft, Europa und die Welt

Von der Notwendigkeit der Besinnung, wenn eine erforderliche Aufklärung nicht möglich ist. Ist eine Kapitulation sinnvoller als eine neue Initiative mit unzureichenden Mitteln?

Haupttext. Text 156.0

(Hier: Datei 2 von 3)

Unsere unzulänglichen Bemühungen

Der Anlass der Überlegungen sind die 61. Mündener Gespräche, die in der Silvio-Gesell-
Tagungsstätte in Wuppertal am 10. und 11. März stattgefunden haben.

<http://sgt-wuppertal.de/>

Ein Text, der ein Rundbrief werden sollte und mehr geworden ist.

Das Programm:

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Abschluss 9. März 2018

Text 156.1

Hinweis auf:

**Über zwei Ziele der neuen Bundesregierung
und ihr vermutetes Unvermögen, diese zu erreichen**

Ein Meinungs austausch über eine E-Mail-Liste
und ein Neuzugang in der NWO-Mailing-Liste

Text 156.2

Werte Freundinnen und Freunde der Freiwirtschaft,

ich will euch einen Brief schreiben - der vom Inhalt her gesehen eine Abhandlung werden könnte - und weiß nicht wie. Alles was ich sagen könnte, kann als Besserwisserei aufgefasst werden oder von mir als meine vergebliche Liebesmühe um unser gemeinsames Anliegen gewertet werden. Zudem könnten sich gute Freunde durch Wertungen meinerseits gekränkt fühlen, was gegen meine Absicht ist. Es gibt ja das Sprichwort: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold!“ Schade, dass Sprichwörter nicht eindeutig sind, dann würde ich nämlich schweigen und hätte dabei das beruhigende Gefühl, das Richtige zu tun. Ich habe aber von einer Umdeutung der Sprichwort-Weisheit gelesen, die lautet: „Schweige, so viel du kannst, aber rede, so viel du musst!“ Hier liegt wieder die Entscheidung bei mir. Und ich habe das Gefühl, dass ganz egal ist, wie ich mich entscheide, es wird falsch sein.

Dass die Vertretung der Freiwirtschaftsschule – bzw. die NWO-Idee – in Deutschland schwach ist und diese Weltidee in der Welt noch schwächer präsent ist, ist ja unter den Freunden der NWO – die sich noch als solche verstehen – bekannt. Dieses dunkle Bild kann sicher dadurch aufgehellt werden, dass sich unabhängig von bekannten freiwirtschaftlichen Personen oder Organisationen immer wieder einzelne neue Menschen einfinden, die sich das Anliegen der NWO zu eigen machen. Ich halte es auch nicht für das Kernproblem der Freiwirtschaftsschule, ob sie in 10 oder 100 Jahren ihre gesellschaftsgestalterische Kraft entfalten, wohl aber, dass jede Verzögerung das Glück der großen Zahl von Menschen mindert oder gar das Leben verkürzt. Was mich bekümmert, ist die Tatsache, dass die freiwirtschaftlichen Gruppen und Einzelwirker in den 57 Jahren, in denen ich mich dem Thema beschäftige, nicht eine ansehnliche Vertretung der Freiwirtschaftsschule aufbauen konnten. Nicht einmal die Inhalte konnten geklärt werden und die gesamtgesellschaftliche bzw. gesellschaftsgestalterische Dimension der Freiwirtschaft wurde bei den knappen Mitteln und bei der Unterbesetzung mit Personen fast vergessen. Geld und Boden sind Sachthemen, aber beide Themenkomplexe haben politische Dimensionen. Die Freiwirtschaftsschule ist keine politische Partei aber dennoch ein politisches Anliegen. Ich vermute, dass die Verdrängung dieses Tatbestandes, die NWO-Vertretungen für die Menschen im Lande und in der Welt so wenig anziehend gemacht hat.

Es wird beklagt, dass sich in Deutschland, Europa und der Welt wieder rechte politische Denkweisen breit machen. Dabei wird so getan, als wenn linke Denkweisen besser wären.

Und es wird vergessen, dass es schon lange vergangene Vergangenheit ist, dass *links* für Aufklärung, Offenheit und Humanismus stand und sich das Linkssein in eine konservierte Ideologie gewandelt hat. Auch stehen die Politiker in der BRD und anderswo nicht besser da, die sich zur politischen Mitte zählen, sie haben die Naziherrschaft ermöglicht und nach deren Beendigung die von ihnen beherrschte Gesellschaft unterhalb ihrer positiven Entwicklungsmöglichkeiten gehalten. Die Entwicklung nach rechts war (jedenfalls für mich) vorhersehbar. Die Linken und die Mittigen beklagen sich jetzt darüber, dass sie für ihre politische Leistungsschwäche abgewählt werden und dichten ihr Versagen den Wählern an. Natürlich wählen die Bürger blind, die sich nach rechts orientieren, weil es ihnen in der Konsequenz eher schlechter gehen wird als unter Links oder Mitte. Aber waren wir oder andere Gruppen, die der Freiheit und der ökonomischen Gerechtigkeit verpflichtet sind, in genügender Stärke wahrnehmbar, um den Enttäuschten einen besseren Weg zu zeigen? Auch rächt es sich, dass den Deutschen keine gerechte historische Beurteilung zuteil wurde und dass die Sicht der Sieger des Ersten und Zweiten Weltkrieges eins zu eins von der deutschen Regierung in Folge übernommen und den Bürgern als ein verpflichtendes Glaubensbekenntnis auferlegt wurde.

Wir Freiwirte waren aufgrund der Vorwürfe, wir würden Inhalte vertreten, die dem Faschismus zugeordnet werden könnten, zu sehr mit dem Beweis des Gegenteils beschäftigt, dass wir schon den Eindruck von Sündern machten, die sich selber von ihren Sünden reinwaschen wollen. Auch bei dem Bemühen, unsere wissenschaftliche Isolation zu überwinden, haben wir uns sprachlich und inhaltlich oft so angepasst, dass unsere eigenen Inhalte und unser eigenes Profil fast verloren ging. Da alle Ökonomieschulen fehlerhaft sind, - so die gemütsmäßige Schlussfolgerung - ist es auch egal, wie wir unsere Erkenntnisse und Vorstellungen benennen. Ich denke, dass das ein Irrtum ist. Solange die Ökonomie in Unordnung ist, muss die Freiwirtschaft das erkennbare Widerlager sein, auf den der Hebel der Erkenntnis aufgelegt werden kann. Erst wenn die ökonomischen Erkenntnisse für die nächsten 100 oder 500 Jahre geklärt sind, so, dass sie weltweit gesellschaftlich befriedigende Ergebnisse ermöglichen, können die Namen bedeutender freiwirtschaftlicher Personen, Organisationen und Sachbegriffe vergessen werden. Ideen und Gestaltungsprinzipien sind doch Abstraktionen, die erst durch die Zuordnung von Begriffen und Namen handhabbar werden und einen Erkennungswert erhalten. Wenn sich ein Spezialist, der sich mit den Wirkungen und Wert von Marken- und Firmennamen befasst, die diesbezüglichen Verhältnisse in der Freiwirtschaft ansehen würde, würde er sicherlich die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und sagen,

dass die Freiwirtschaftler es darauf anlegen, nicht erkannt zu werden. Auch die erfreuliche neue freiwirtschaftsinterne Zuwendung und zu den bodenrechtlichen Themen und deren wachsenden Beachtung durch die Medien sollte kein Grund sein, das Thema ganz von Gesell abzukoppeln. Ich sage das nicht aus Gründen der Verehrung von Gesell, sondern um die Motivation von Menschen, die über ihn überhaupt den Zugang zu dem Thema Boden(un)recht gefunden haben, nicht zu zerstören. Auch wenn mit Henry George sich die Bodenwertsteuer gut begründen lässt, muss vermittelt werden, warum Gesells Einwände gegen die Abschöpfung der Bodenrente durch die Steuer irrig sind.

Bevor ich zu dem Thema komme, das Auslöser meines Briefes / Schreibens ist, möchte ich auf etwas Erfreuliches hinweisen. Werner Onken hat eine Schrift fertiggestellt, die er vorläufig als privaten Manuskriptdruck veröffentlicht hat; d. h. er sucht noch einen den Erfolg fördernden Verlag. Der Titel lautet Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik / Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen im April 1919. Ich habe die Broschüre noch nicht ganz gelesen, aber mein Eindruck ist schon jetzt, dass sie ein Erfolg werden kann, weil hier das Ringen der Freiwirtschaft um die ökonomische und politische Gestalt Deutschlands gut sichtbar wird und dem politisch denkenden Bürger der ökonomische Unterbau der Gesellschaften zugänglich werden kann. Ich will hier nur auf zwei Textstellen eingehen. Für die erste wäre eine Änderung angebracht und für die zweite eine Fußnote.

Auf der Seite 8 zur Einleitung des Kapitels „Kurzer Überblick über die Vorgeschichte und Geschichte der Münchener Räterepublik“ schreibt Werner Onken:

Dem Untergang des militärisch-imperialistischen Deutschen Kaiserreiches folgte – ausgehend von Matrosenaufständen in Wilhelmshaven und Kiel – die Novemberrevolution mit der Bildung von revolutionären Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten in zahlreichen deutschen Städten.

Aus dem Teilsatz „Dem Untergang des militärisch-imperialistischen Deutschen Kaiserreiches folgte – ...“ kann man herauslesen, dass der Autor ein Urteil oder eine Feststellung trifft, über die Ursache der desolaten Situation, in der Deutschland steckte. Das Urteil „militärisch-imperialistisch“ wird aber nicht begründet und es wird auch nicht gefragt, ob sich Deutschland da wesentlich von anderen westlichen Staaten abhebt. Heute nach 100 Jahren beginnt doch erst die Suche nach den wirklichen Auslösern des ersten Weltkrieges. Und wenn die Bezeichnung „militärisch-imperialistisch“ auch berechtigt ist, verweist die Freiwirtschaftsschule auf die wirtschaftlichen Ursachen eines solchen Gehabes, allein die eingefügten Gesell-Zitate geben Anlass dafür, die Sache so zu sehen. Hier wäre eine Einleitung ohne ein

nicht begründetes Urteil besser, um nicht gleich beim Leser Vorbehalte gegen die weiteren Darlegungen zu erzeugen.

Ab Seite 45 zitiert Werner Onken Gesells Programm eines „Sozialistischen Freiheitsbundes“. In den Ziffern 6 bis 9 kommt Gesells Abneigung gegen Grenzen, Zölle und die Betonung des gleichen Rechts aller Menschen auf ihre Existenzgrundlage Erde zum Ausdruck. Wenn ich das, was ich von Gesells Anliegen und Erklärungen aufgenommen habe, richtig verstanden habe, dann käme er – auf die heutige Situation bezogen – nicht auf die Idee zu empfehlen, macht alle Grenzen auf. Sondern er würde meines Erachtens heute sagen: „Bringt die Welt ökonomisch in Ordnung, damit Kriege und Hunger keinen Platz mehr haben, dann könnt ihr die Grenzen für alle Menschen öffnen.“ Und da die Menschen überwiegend an ihr Revier gebunden sind, würde das dann auch nicht bedeuten, dass überall die sinnvollen Unterschiede in der Kultur der Völker platt gemacht werden müssen. Und der heutige in Teilen der Welt größere Wohlstand gegenüber den Hungerländern müsste - als Ausgangsbasis für die Überwindung der Armut in anderen Gegenden - nicht durch blinde Wohltätigkeit - auf die unterste Stufe menschlicher Existenz herunter nivelliert werden. Wenn ein staatlich-kollektives Sicherungssystem von den Menschen in aller Welt angezapft werden kann, das heißt in der Konsequenz, wenn jeder Mensch, der zu uns kommt, sich in jeder Vorratskammern oder jedem Kühlschrank bedienen kann, den er selber nicht gefüllt hat, dann haben wir wie beim bedingungslosen Grundeinkommen ein weiteres Ausbeutungssystem, das am Ende massenhaften Mord und Totschlag auslöst. Wir können dann aufhören, gegen ökonomische Renten zu kämpfen, weil sie in der Rangfolge der Probleme ganz nach hinten rutschen. Gesell Zielvorstellung - und damit unsere – ist doch, die Welt so zu gestalten, dass jeder Mensch, der in der Lage ist zu arbeiten, sich und die Seinen auch durch seine Arbeit zu ernähren. Die Menschen sollen in die Lage versetzt werden, von sich aus wohl tätig sein zu können, damit Solidarität nicht wie jetzt zu einem staatlichen Zwangsmittel verkommt. Es ist aber nicht das Ziel der Freiwirtschaft, sich von einer staatlichen Steuer- und Sozialpolitik ausbeuten zu lassen, damit das von der Politik erzeugte Elend von Millionen von Menschen kaschiert werden kann. Das sollte in der Darstellung von freiwirtschaftlich-historischen Vorgängen und bei der Beschreibung theoretischer Lösungsansätze wenigstens in einer Fußnote vermerkt werden. Das erscheint mir notwendig, damit die freiwirtschaftliche Botschaft nicht Angst statt Freude auslöst. Und übersehen werden darf auch nicht, wenn Gesell den sympathischen Gedanken - Staatsgrenzen auf Verwaltungsgrenzen zu reduzieren – vertritt, dann unter der Bedingung, dass die Bodenrente ökonomisch neutralisiert wurde. Wenn wir heute die Grenzen abschaffen, ist das ein Fest für jene, die über Bauland und Mietwohnungen verfügen, weil sie höhere

Preise durchsetzen können und bezahlen müssen dafür die Mieter und auch die ein Eigenheim besitzen oder danach streben.

Ich komme zum eigentlichen Anlass meines Briefes. Es sind die Mündener Gespräche, die nach mehreren Ortswechseln in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal stattfinden. Da jede erfolgreiche freiwirtschaftliche Tagung weitere erfolgreiche Tagungen zeugen kann und jeder diesbezügliche Misserfolg bei der Bearbeitung oder Präsentation von freiwirtschaftlichen Inhalten oder Organisationen ein Stück Entmutigung ist, stellt sich auch bei mir – der ich keiner Organisation mehr angehöre – immer wieder die bange Frage ein, ob die angebotene Tagung auch angenommen wird und gelingt. Gelingen ist eine Tagung, wenn die Teilnehmer zufrieden oder durch neue Einsichten angereichert nach Hause fahren und die Kosten der Tagung durch die Einnahmen gedeckt sind. Da wir aus Erfahrung wissen, dass wir trotz weltbewegender Themen Schwierigkeiten haben, ansehnliche Teilnehmerzahlen zu erreichen, kommt immer wieder die Frage hoch, woran das liegen kann. Es ist zwar so, dass auch etablierte Institutionen der Erwachsenenbildung seit dem Bestehen des Netzes stärker um Teilnehmer kämpfen müssen. Das kann aber nicht alleine der Grund sein, dass freiwirtschaftliche Angebote so schwer den erforderlichen Zuspruch finden, denn die Situation gab es für uns auch schon vor der Existenz des Netzes. Es kann auch nicht allein am Publikum liegen, denn das macht sich für verrückte oder randständige Veranstaltungen auf den Weg. Aber abgesehen davon, dass wir zu wenig verdeutlichen, wie sich eine freiwirtschaftliche Geld- und Bodenreform auf den Alltag der Menschen auswirken, kann ich die Ursachen auch nicht benennen. Es ist aber auch nicht der Wille der verschiedenen Träger freiwirtschaftlichen Wissens erkennbar, wenigstens zusammen einmal im Jahr eine glänzende Veranstaltung zu bewerkstelligen, die dann auf andere Veranstaltungen abstrahlt. Ich mochte schon gar nicht anfragen, wie viele Teilnehmer sich für die 62. Runde der Mündener Gespräche angemeldet haben. Meine Befürchtung war oder ist, dass die genannte Zahl mich in den Trübsinn stürzen würde.

Nun hätte ich ja durch meine Teilnahme die Zahl der Teilnehmer um eine Person aufbessern können. Aber ich scheue inzwischen aufgrund altersbedingte Einschränkungen – die Zuhause nicht groß auffallen – Tagungen. Aber meine Behinderungen und Bequemlichkeiten hätte ich vielleicht noch überwunden, wenn mich das Programm der Tagung vom Hocker (der bei mir meistens ein Gymnastikball ist) gerissen hätte. Mir sind aus der Vergangenheit überzeugte Freiwirte in Erinnerung, die versuchten, sich gegenseitig von der Freiwirtschaft zu über-

zeugen, weil sie keinen anderen Menschen fanden, den interessierte, was sie zu sagen hatten. Heute ist das Problem ein anderes: Die notwendige Offenheit und die gewollte Anschlussfähigkeit an andere Schulen und Diskussionszusammenhänge hat dazu geführt, dass in freiwirtschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen nach freiwirtschaftlichen Inhalten gesucht werden muss. (Ich gebe zu, dass das ein Urteil aufgrund meines mangelnden Überblicks sein kann.)

Auch bei dem erfreulichen Wiedererstarken der bodenrechtlichen Themen habe ich den Eindruck, dass die Freiwirtschaft aus taktischen oder anderen Gründen abgekoppelt wird. Das muss nicht, aber kann uns wie ein Stein - dessen Gewicht man bei der Absicht, ihn zu heben, unterschätzt hat - auf die Füße fallen. Es ist durchaus nützlich und geboten, andere Reform- oder Theorieansätze zu beachten oder sogar aufzunehmen. Wenn wir dabei aber die Wortführerschaft bei dem eigenen Anliegen verlieren, laufen wir Gefahr nur die nützlichen Idioten für andere Bestrebungen zu werden. (Es kann sein, dass wir schon die nützlichen Idioten sind und es nur nicht bemerken.)

Ich kopiere jetzt die Einladung und das Programm zu den 61. Mündener Gesprächen, füge sie ein und mache danach meine Anmerkungen. Die angezeigten Pausen habe ich weggelassen. Wichtig ist mir zu sagen, dass ich keine Vorwürfe formuliere, sondern ich reflektiere nur Wahrnehmungen.

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft

61. Mündener Gespräche: (10. und 11. März 2018 in der SGTSt)

"Wie weiter mit Europa und dem Euro?"

Nach der Katastrophe zweier Weltkriege sollte zunächst im Westen und nach der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 auch im Osten ein „Gemeinsames Haus Europa“ entstehen. Und der Euro sollte als Gemeinschaftswährung die Menschen in vielen Ländern Europas wirtschaftlich eng miteinander verbinden.

Inzwischen sind die hohen Erwartungen einer allgemeinen Ernüchterung gewichen: Die bürgerferne Bürokratie in Brüssel weist beträchtliche Demokratiedefizite auf. Und die Austeritätspolitik, die als alternativloser Weg zur Stabilisierung der hoch verschuldeten Länder an der Peripherie Europas dargestellt wurde, hat durch ihre Einseitigkeit deren schwere wirtschaftliche Krise nur verschärft und verlängert. Zerfallserscheinungen wie der Brexit, das Wiedererstarken von Nationalismus und Separationsbewegungen zei-

gen: das große europäische Friedensprojekt ist ins Wanken geraten. Wie also soll es weitergehen mit Europa und dem Euro?

Diese Frage lässt sich nicht beantworten, ohne mit zu bedenken, dass wir als Europäer nicht allein auf der Welt sind. Europa darf keine Festung werden, die gegenüber dem Rest der Welt die Fehler traditioneller nationalstaatlicher Politik fortsetzt. Exportsubventionen und Importzölle gehören da zu den offensichtlichsten Fehlleistungen.

Im Laufe von 500 Jahren ist die ganze Welt zuerst durch koloniale Machtssysteme und dann durch neokoloniale Abhängigkeiten in Unordnung geraten. Die heutigen Flüchtlingsströme nach Europa sind auch darauf zurückzuführen. Eine glaubwürdige Fluchtursachenbekämpfung könnte in einem ernsthaften Bestreben bestehen, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Nord und Süd und innerhalb Europas durch eine gerechte Wirtschaftsordnung zu überwinden und überall auf der Welt für gleiche Lebenschancen einzutreten. Das klingt heute noch utopisch, aber kein Geringerer als der berühmte britische Ökonom John Maynard Keynes hat bereits während des Zweiten Weltkriegs Grundlagen für eine gerechtere und friedlichere Weltwirtschafts- und Währungsordnung gelegt, an die wir bei dieser der Zukunft Europas gewidmeten Tagung erinnern wollen.

Das Programm:

SAMSTAG, 10. MÄRZ 2018

9.15 Uhr Begrüßung und Einführung in die Tagung

Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude

9.30 Uhr Europa neu denken und gestalten

Dipl. Ing. Stefan Padberg, Sprecher des AK Europa von Mehr Demokratie e.V., Wuppertal

11.00 Uhr Deutschlands Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der Exportüberschüsse, des Euro und der aktuellen Bodenpolitik

Dr. Max Danzmann & Dr. Wolfgang Freitag, Frankfurt/M.

14.30 Uhr Was läuft falsch in der Euro-Rettungspolitik?

Frank Schäffler, Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion, Berlin und Porta Westfalica

16.30 Uhr Wie weiter mit dem Euro?

Reg.-Dir. i.R. Eckhard Behrens, Heidelberg, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll

20.00 Uhr Zeit für informelle Gespräche

SONNTAG, 11. MÄRZ 2018

9.15 Uhr Europa und die Welt - Nationale Parallelwährungen und Keynes' Bancor-Plan

Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin

10.45 Uhr Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch

12.30 Uhr **Ende der Tagung** || *Änderungen vorbehalten*

Erst einmal allgemeine Fragen zu Tagungen, die sich meistens jedem Veranstalter stellen:

Welches Thema ist uns so wichtig, dass wir dafür eine Tagung anbieten wollen?

Welches Thema ist der angesteuerten Zielgruppe wichtig?

Wie erreichen wir die Zielgruppe und veranlassen sie, sich zu der Tagung anzumelden?

Wie reagieren wir, wenn ganz anders motivierte Menschen als erwartet, sich anmelden?

Welche Dauer der Tagung / des Seminar etc. bringt die größte Zahl an Gästen?

Welche Dauer ist erforderlich, um eine gründliche Bearbeitung des Themas zu erreichen?

Bieten wir ein Potpourri nahe beieinanderliegender Themen an, bei der viele jedenfalls etwas für sich finden oder gehen wir mit einem Thema in die Tiefe, das so die Chance der Klärung hat?

Welche Referenten könnten die ausgewählten Themen übernehmen und sind sie aus zeitlichen und anderen Gründen dazu in der Lage und bereit?

Sind die Honorare und Sachkostenauslagen aus den vorhandenen Mitteln zu stemmen?

Welcher Ort mit welchen Verkehrsanbindungen ist geeignet?

Gibt es dort geeignete Veranstaltungsorte?

Wichtig sind auch die Form und der Inhalt der Ankündigungen der Tagungen und der einzelnen Referate. Es gibt ja Veranstaltungen, da brauchen nur die Namen der Referenten gesagt zu werden und die Menschen gehen dahin, ohne zu fragen, was geboten wird. Das dürften aber nur die Ausnahmen sein. In der Regel will wohl der Teilnehmer oder Zuhörer mehr von dem Wissen, was ihn erwartet. Auch wenn das berücksichtigt wird, ist noch nicht über die Form der Ankündigung entschieden. Wenn eine bedrohliche Situation verhandelt werden soll, dann passt dazu keine lammfromme Inhaltsbeschreibung. Wenn aber die Dramatik in ihr überzogen wird, kann es das Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung erzeugen.

Ich habe die allgemeinen Fragen zu Tagungen – die sicher noch zu ergänzen sind – hier aufgeführt, damit deutlich wird, dass ich nicht blind gegenüber den Leistungen der freiwirtschaftlichen Organisatoren bin, die mit dem geringen Personal und der schwindsüchtigen Kassenlage immer wieder Beachtenswertes auf die Beine stellen. Das Vertrackte ist nur, ein Publikum, das sich noch nicht die Leidenschaft der Freiwirte angeeignet hat, fragt nicht nach den Schwierigkeiten des Veranstalters. Die interessieren den angesprochenen möglichen Nachfrager genauso wenig wie dem Käufer auf dem Wochenmarkt die Schwierigkeiten des Verkäufers bei der Beschaffung seiner Ware. Die Ware gefällt und der Preis ist akzeptabel oder der potenzielle Kunde geht weiter, ohne zu kaufen.

oooooooooooo

Einschub 1

Nun muss ich mal kurz überlegen, wie ich weiter verfare. Ich habe anfangs zum Ausdruck gebracht, dass ich keine Abhandlung produzieren will, sondern einen Brief schreiben will und nach einigen Seiten dann vorsichtshalber von einem Schreiben gesprochen. Mir war einfallen, dass mir mein schon lange verstorbener Vater eines Tages den Vorwurf machte, ich hätte ihm keinen Brief geschickt, sondern ein Schreiben. Und der verstorbene freiwirtschaftliche Freund Elimar Rosenbohm kritisierte, dass ich eine 95seitige Petition mit dem Titel „**Glastnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland**“ im Januar 1988 an den Bundestag einen Brief genannt habe. Hier erst einmal der Link, für den Fall, dass der Text heute noch von Interesse ist:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/4.0%20Glasnost%201.1988%20neu%20formatiert%204.04.pdf>

> Hier eine Auskunft über den Begriff > Brief, das Wort ist eine Entlehnung aus lat. *breve* „kurzer Schrieb“, das sich auf lat. *brevis* „kurz“ stützt; ursprünglich bezeichnete *Brief* eine „Urkunde“ oder eine „kurze, offizielle Mitteilung“, diese Bedeutung findet sich noch heute in Ausdrücken wie *Freibrief*, *Schuldbrief*; erst in mhd. Zeit wurde das Wort *Sendbrief* zu *Brief* in heutiger Bedeutung verkürzt. < <https://www.wissen.de/wortherkunft/brief> Im Netz habe ich das Wort Schreiben nur als Synonym für Brief gefunden.

oooooooo

Das Thema Europa und seine Chancen und Probleme in einer Wochenendtagung befriedigend abzuhandeln, erscheint mir als eine Unmöglichkeit und das Thema auf den Euro und die Verschuldung von Staaten zu verkürzen nicht angebracht. Was man wagen könnte, wäre eine Auflistung der Probleme Europas und seiner Menschen, aber auch die seiner bzw. ihrer Chancen und danach eine Rangfolge nach der Dringlichkeit für die Erarbeitung von Lösungen. Geschichtlich müsste man wohl bis auf den Krieg 1870/71 zwischen Frankreich und Deutschland zurückgreifen und könnte dann feststellen, dass nichts gottgewollt verlaufen ist, sondern alles was seitdem innerstaatlich und zwischenstaatlich geschehen ist, seinen Grund in Denkfehlern und Fehlentscheidungen hat. Das trifft auch zu auf die neuen Spannungen zwischen Ost- und Westeuropa, den Brexit und die Bedrohung Europas durch Massen von Flüchtlingen an deren Existenz Europa selbst mitgewirkt hat.

Aber eine wesentliche Ursache des Auseinanderdriftens der europäischen Staaten einerseits und Europas und der Welt andererseits und der Verlust des Glanzes der Idee vom vereinigt und friedlichen Europas, wird zu wenig wahrgenommen und thematisiert. Es ist der Verlust von Wissen und Vorstellungen von den Gestaltungselementen der Freiheit von Individuen in einer Gesellschaft mit ökonomischer Geborgenheit. Die Ausgangsidee des Neoliberalismus Chicagoer Prägung war nicht, die Völker kapitalistisch zu unterjochen, sondern den die Menschen gängelnden Bürokratismus abzubauen. Weil diese Liberalen wesentliche Systemfehler in der Marktwirtschaft übersehen oder ignoriert haben und glaubten, diese würden

sich von alleine auflösen, sind sie entgegen ihren eigenen Zielvorstellungen Feinde der Marktwirtschaft geworden und haben den Menschen den Mut zur Freiheit genommen. Und der Ordoliberalismus (Neoliberalismus erster Prägung) hat seine positive Kraft zur Prägung des Sozialen in Freiheit in dem Moment verloren, als er die Freiwirtschaft aus der gemeinsamen *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* heraus drängte und damit das Bild von der Sozialen Marktwirtschaft zu einem Zerrbild machte. Das heißt, es wurden danach die Weichen für den Kapitalismus gestellt und den Bürgern wurde vorgegaukelt, dass mit dem eingeführten sozialen Sicherungssystem - in der Form eines kollektives Zwangssystems - könne der Kapitalismus gezügelt werden.

Die Europäische Union mit Brüssel ist zu einem milderem Abbild von Moskau aus der Zeit der Sowjetunion und einem Spiegelbild der Politiken der nationalen Mitgliedsländer geworden. Die Vereinigung von Europa wurde in Angriff genommen, ohne eine Vorstellung davon zu haben, wie ein Verbund von Staaten in Freiheit ohne gegenseitige oder allseitige Bevormundung zu gestalten ist. Genauso wenig hatte und hat man eine Vorstellung von einer zufriedenstellenden und leistungsfähigen gemeinsamen Währung. Und der Eindruck besteht, dass man es auch gar nicht wissen wollte.

Gegen den Trend der Staaten, sich einerseits hin zur Zentralwirtschaft zu entwickeln und andererseits sich durch Gebilde von Kapitalkonzentrationen bevormunden zu lassen, ist die direkte Demokratie, für die ich viel Sympathie habe und die durch den Referenten Stefan Padberg in der Tagung repräsentiert wird, nur ein Trostpflaster. Wir sind auf dem Weg zur Zentralverwaltungswirtschaft, mit großem Einfluss kapitalistischer Macht, in der die marktwirtschaftlichen Elemente der Selbstregulierung nur noch das Schmiermittel sind, damit die bürokratisch und kapitalistisch vermachtete Maschinerie nicht heiß läuft. Das wird am Ende – wenn auch eine andere - gesellschaftliche Missgeburt wie die Verbindung von Kapitalismus, Marktwirtschaft und Parteidiktatur in China. In einem solchen System kann dann die direkte Demokratie nur als folkloristische Dekoration fungieren.

Mir fallen dabei die Freunde der Freiwirtschaft aus der Vergangenheit ein, die glaubten, eine Geld- und Bodenreform würde alle Mängel in der Gesellschaftsordnung heilen. Ich halte das für einen Irrtum. So, wie die politische Gestaltung von Europa jetzt läuft, wird es am Ende des Prozesses bestenfalls zufriedene Sklaven geben, die von den wenigen Menschen, die die Macht errungen haben, mit der Hilfe von Robotern ihre Anweisungen erhalten und über-

wacht werden.

oooooooooooo

Einschub 2

An dieser Stelle musste ich die Tastatur wegen Hausmannspflichten ruhen lassen. Es ergab sich eine Pause, in der ich den Artikel „Kapitalismus an sich / Eine kritische Betrachtung moderner Kritik“ von Dr. Patrik Hedfeld, studierter Physiker und Philosoph,¹ gelesen habe. Er kritisiert zu Recht eine Kapitalismus-Kritik, die die Vorzüge der Marktwirtschaft nicht berücksichtigt. Er selber verteidigt aber den Kapitalismus mit Elementen, die der Marktwirtschaft zugerechnet werden müssen. Man kann nur den Schluss ziehen der Kritiker der Kapitalismuskritik von der anderen Seite des Meinungsspektrums kann den Kapitalismus nicht von der Marktwirtschaft unterscheiden und kennt auch die Wirkungen des Kapitalismus nicht.

Auf der ersten Seite von Hedfelds Beitrag war auch folgendes zu lesen:

Milleniumsziel erreicht.

Auf dem Millennium-Gipfel der UNO im September 2000 beschlossen die Staats- und Regierungschefs, die Armut in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren. So utopisch das Ziel auch klang: Es wurde erreicht. 1990, im Referenzjahr des Milleniumsziels, als der Eiserne Vorhang fiel und das „Sozialistische Weltsystem“ zerbrach, lebten 1,926 Milliarden Menschen auf der Welt in extremer Armut. Sie hatten weniger als 1,25 Dollar am Tag. 2015 lebten nur noch 836 Millionen Menschen in tiefstem Elend. Gleichzeitig war die Weltbevölkerung im selben Zeitraum von 5,32 Milliarden auf 7,35 Milliarden Menschen angestiegen. Das heißt, obwohl es zwei Milliarden Menschen mehr gibt, und obwohl es viel mehr Kapitalismus gibt, ist das Elend in dieser Welt keineswegs gewachsen. Sondern eine Milliarde Menschen sind der extremen Armut entkommen.

Milleniumsziel ignoriert.

In der deutschen Öffentlichkeit und vielen „kapitalismuskritischen“ Medien wird dieser unglaubliche Erfolg bis heute ignoriert. Lediglich 7 Prozent aller Deutschen halten eine leichte Verbesserung für möglich. 92 Prozent glauben sogar, die Armut auf der Welt sei gewachsen, auf jeden Fall aber gleich geblieben. (Oxfam-Studie von 2016).

<https://www.yumpu.com/de/document/view/59877677/pt-magazin-02-2018>

Es stimmt schon, dass die meisten Kapitalismuskritiker die Vorteile einer Wirtschaft, die nicht in den Fesseln der Zentralverwaltungswirtschaft liegt, nicht sehen können, weil sie nicht gelernt haben, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu unterscheiden. Wir haben auf der einen Seite einen Leistungsaustausch, der auf Arbeit beruht und auf der anderen Seite die Möglichkeit eben Einkommen zu beziehen ohne Arbeitsleistung. Diese Unfähigkeit zur Unterscheidung teilen aber die meisten Mittelständler und Konzernleiter mit den sachblinden Kapitalismuskritikern.

Mose 8,3): »*Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von einem jeden Wort, das aus dem Mund Gottes geht.*“ für alle Menschen, also auch die Ungläubigen, lautet die Endung wohl so: „ ..., sondern auch die ökonomische Gerechtigkeit muss sein!“

Heute am 8. 3. 2018 ist im Wirtschaftsteil der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zu lesen:

Reich, reicher, Bezos

Amazon-Gründer führt „Forbes“-Liste an

New York. 112 000 000 000 Dollar, in Worten: einhundertundzwölf Milliarden Dollar - über so viel Vermögen soll Amazon-Gründer Jeff Bezos nach Schätzungen des US-Wirtschaftsmagazins „Forbes“ verfügen. Umgerechnet sind das gut 90 Milliar-

1 Der Artikel steht im „PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft“ Ausgabe 2 / 2018.

den Euro, womit das Magazin den Unternehmer in seiner jährlichen Bestenliste als reichsten Menschen der Welt führt, Allein im vergangenen Jahr soll Bezos sein Vermögen um stolze 39,2 Milliarden Euro gesteigert haben. Im Vergleich zu Bezos steht sogar Microsoft-Gründer Bill Gates abgeschlagen da, der in den 24 Jahren 18-mal als reichster Mensch der Welt bei „Forbes gelistet war. Er verfügt demnach über 90 Milliarden Dollar. ...

Die Kapitalismus-Verteidiger wollen nun Glauben machen, dass das Ausdruck eines Naturgesetzes ist oder diese Einkommenshöhen Ausdruck von besonderen Leistungen sind. Arbeiten – das kann man unterstellen – tun sicher Bezos und Gates auch, aber ihr Einkommen und Vermögen wird automatisch und durch die intelligente Ausnutzung von Systemfehlern zu Lasten andere Menschen erhöht. Man muss den Zuwachs von Brot für die Hungernden an dem Zuwachs des Vermögens der Reichen messen. Damit die Schere, die sich zwischen den Armen und den Reichen immer weiter öffnet, nicht zur Revolte führt, benötigt man Wachstum, das die Illusion fördert, es ginge doch allen besser.

Man kann auch sagen, dass nach einem gesellschaftlichen Zusammenbruch der Kapitalismus ein genereller Förderer der Wirtschaft ist, weil in diesem Stadium die Aussicht einen Kapitalertrag zu erhalten, tatsächlich ein Anreiz zum Konsumverzicht zugunsten von Investitionen sein kann. Aber die dann einsetzende Kapitalbildung wird immer mehr zur Ursache von Krisenzuständen in der Volkswirtschaft, und zwar a) weil der Kapitalertrag immer einen größeren Anteil vom Leistungseinkommen der Arbeit für sich beansprucht und b) weil aufgrund des reichlichen Kapitalangebotes der Anspruch der Kapitalanleger nicht mehr erfüllt werden kann.

Und noch eins ist hier zu beachten. Die Demokratie ist eine Herrschaftsform, die eine differenzierte Einwirkungskraft der Bürger auf die Gesellschaft in einer Streuung verträgt, wie sie bei der unterschiedlichen Intelligenz der Bürger feststellbar ist. Die vorhandene Einkommens- und Vermögensverteilung sabotiert aber diese Grundlage, weil die Vermögenskonzentration ein Hebel ist, mit dem die Einwirkungskraft weniger Bürger fast unvorstellbar vergrößert wird. Gegen diesen Einfluss sind Bürgerinitiativen und Bürgerproteste ein stumpfes Schwert.

Einschub 2 Ende
oooooooo

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden den Deutschen, die sich über das Elend ihrer Flucht, Vertreibung, Bombardierung, über den Tod des Vaters, Bruders oder der Schwester beklagten, gesagt, hört doch auf zu klagen, ihr habt doch selber Hitler zugelassen. Die Frage, wer denn Hitler wirklich zugelassen hat, wurde tabuisiert. Die einen Verursacher wurden Sieger in „Befreier“ umbenannt und die eigenen inländischen Verursacher durften ihren Anteil an der Fehlentwicklung, die zur Weltkatastrophe wurde, unter den Teppich kehren und uns dann mit einer Demokratie beglücken, die mehr Schein als Sein ist. Uns wurde auch das Privileg erteilt, uns als die größten Schurken aller Zeiten zu fühlen. Und es wurde auch gesagt, dass uns der aufrechte Gang des selbstwertbewussten Bürgers nicht zustehe, denn wir seien eben die Schuldigen. Das Elend war, dass wir nicht widersprechen konnten, weil ja im Namen Deutschlands millionenfach gemordet worden war. Zum Trost sagte man uns, dass es keine

Kollektivschuld gäbe, aber zahlen müssten wir schon kollektiv für das geschehene Unrecht, auch dann, wenn wir in der Zeit der Naziherrschaft noch Kinder waren oder danach geboren wurden.

So wie die Demokraten in der Weimarer Zeit durch ihre ökonomische Verstocktheit das nationalsozialistische Regime – das am Beginn für das Volk sichtbar eine Verbesserung seiner Lage brachte - ermöglicht hat, so haben die Demokraten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Ökonomie durch ihre Überheblichkeit oder ideologischer Befangenheit verhindert, die den Frieden und den Wohlstand für alle – nicht nur für die Menschen in Westdeutschland, sondern nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhanges in ganz Europa und darüber hinaus - als Wiedergutmachung für die ganze Welt verhindert. Die Deutschen waren nach dem Zweiten Weltkrieg durch ihr Schweigen oder durch ihre Unterstützung eine der größten Förderer der Politik des Westens, die die ökonomischen Wurzeln für neue Kriege, neue Vertreibung und neuen Hunger gelegt hat. Wenn heute die Flüchtlinge aus aller Welt für die Deutschen zu einer Bedrohung werden und dabei perfiderweise die humane Flüchtlingshilfe die Bedrohung noch vergrößert, weil sie eine Ermunterung für die Menschen sind, die berechtigt nach besseren Lebensbedingungen streben, dann kann man den heutigen Deutschen genauso wie jenen nach dem Krieg sagen: Ihr habt doch selber Schuld, ihr habt doch eure Regierungen und Parlamentarier nicht an den Fehlentscheidungen, die heute zur Bedrohung eures Wohlstandes und eurer Identität geführt haben, gehindert. Ihr habt alles, was geschieht, als Strafe schweigend zu ertragen. Euer Konto mit Schuldgefühlen ist wieder mit den Millionen von Toten, durch die Kriegskrüppel und die Hungertoten, die durch euer Wegsehen ermöglicht wurden, wieder aufgefüllt. Das sind nach Jean Ziegler mehr pro Jahr mehr als im Zweiten Weltkrieg in sechs Jahren.²

Wäre eine solche Haltung oder Politik, die zur Strafe für uns - aber verklausuliert mit schönen Worten von Gerechtigkeit und Nächstenliebe – sagt, kommt alle zu uns ihr Mühseligen und Beladenen, gerecht und / oder vernünftig? Ich denke nein. Einen europäischen Bürgerkrieg bräuchte man sich bei einem weiteren Versuch eine solche Politik zu praktizieren gar nicht als unmöglich oder in ferner Zukunft vorzustellen. Ich hätte die „Chance“, das Ereignis in der Restlaufzeit meines Lebens noch ohnmächtig erleiden zu müssen. Und Beschlüsse in dieser Richtung würden unsere Regierung und unseren Bundestag erneut als Demokratiefeinde ausweisen.

2 Jean Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, 2002, S. 104

Es kann aber auch nicht sein, dass nichts getan wird. Und die Probleme sind auch nicht aus der Welt, wenn ein paar Milliarden Euro an Subventionen als Wiedergutmachung in die Krisengebiete transferiert werden oder ein paar Industrieunternehmen angesiedelt werden. Die Aufgabe ist wesentlich größer, die Politik, die Wissenschaft und die NGOs müssen 100 Jahre versäumte Hausaufgaben nachholen und unser Ökonomie mit den viel beschworenen westlichen Werten in Übereinstimmung bringen.³ Vor ein paar Jahren las ich von einem weisen Mann aus Algerien. Als er von einem Europäer gefragt wurde, wie die Europäer Algerien am besten helfen könne, antwortete dieser: „Ihr helft uns am meisten, wenn ihr nach Hause geht und dort eure Probleme löst.“ Davor hat sich Deutschland und seine europäischen Nachbarn bisher aus verschiedenen Gründen gedrückt. Die Quittungen, die wir Europäer von der ganzen Welt dafür präsentiert bekommen, werden uns viele Tränen kosten.

Wieder zurück zu den 61. Mündener Gesprächen: Jeder Referent wird sicher einen inhaltsreichen vollen Beitrag leisten und verdiente deshalb – auch als Anreiz für mögliche Teilnehmer an den Gesprächen teilzunehmen, vorgestellt zu werden. Wie man das machen kann, wenn Mittel und Personal vorhanden sind, habe ich in meinem Text 76.0 dokumentiert

Gedanken vor, in und nach der Tagung

der Evangelischen Akademie Loccum

www.loccum.de

vom 2. - 4. November 2009

zum Thema

Bretton Woods reinvented?

Das internationale Währungssystem nach der Krise

Tagungsleitung: Dr. Marcus Schaper

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/76.0%20Tagungsprogramm.pdf>

Kummer macht mir der Vortrag von Thomas Betz aus Berlin über „Europa und die Welt – Nationale Parallelwährungen und Keynes' Bancor-Plan. Ich muss die Aussage präzisieren. Es ist selbstverständlich, dass in einer Gruppe, die sich eine Geldreform auf die Fahne geschrieben hat, auch zum eigenen Modell konkurrierende Modelle vorgestellt und geprüft werden müssen. Und es darf erwartet werden, dass ein Referent seine Sicht der Dinge redlich vorträgt und die Hörer dieses respektieren. Mein Kummer besteht darin, dass die Thematisie-

³ Dabei dürfen die im privatrechtlichen Rahmen aus Spenden und mit staatlichen Zuschüssen finanzierten bisherigen Hilfsprojekte nicht übersehen und abgewertet werden. Das würde zur zusätzlichen Entmutigung führen. Es soll nur verdeutlicht werden, dass Systemfehler in der Wirtschaftsordnung nicht mit wohlthätiger Hilfe behoben werden können.

rung des Modells der Internationalen Valuta Assoziation von Gesell, dessen Ideen und ökonomischen Lösungsvorstellungen uns zusammen geführt haben, nicht im Programm vorgesehen ist. Ich will daraus nicht einmal einen Vorwurf formulieren gegenüber den wenigen Organisatoren – von denen ständig mehr abgefordert wird, als sie leisten können. Es ist ja möglich, dass für Gesells Lösungsansatz kein Referent zur Verfügung stand - so wie mir ein Mensch fehlt, der diesen Schrieb auf Korrekturbedarf durchliest⁴. Ich will nur darauf hinweisen, dass uns nach und nach die Inhalte verloren gehen, für die sich Generationen von Mitwirkern krumm gemacht haben, weil sie überzeugt waren, dass die Freiwirtschaft die Menschen in eine bessere Zukunft führen kann. Warum sollen sich andere Menschen um das marktwirtschaftliche Gestaltungsangebot - das die Natürliche Wirtschaftsordnung ist – kümmern, wenn wir unsere eigenen Lösungsansätze nicht mehr erwähnen und ins Spiel bringen.

Mir selber geht es so, dass ich manche Themen, in die ich mich vertiefen sollte, vor mit herschiebe, weil mir Aktuelles im Moment wichtiger oder interessanter erscheint. Manchmal schreckt auch die Mühe, die die Klärung bestimmter Sachverhalte mit sich bringen kann, ab. Gesells IVA-Modell habe ich im Laufe der Zeit schon ein paar Male gelesen, nicht aber so gründlich, dass ich daraus ein Einführungsprogramm formulieren könnte. Genauso geht es mir mit Keynes' Bancor-Plan, über den ich bisher nur Lexika-Einträge gelesen habe. Ich sah mich also genötigt, die beiden Modelle nochmals zu lesen, um herauszufinden, ob etwas so stark gegen das Gesell-Modell spricht, dass man es nicht auf einer Tagung zum Thema erwähnen sollte.

Ich hätte das IVA-Modell in den gedruckten oder digitalen Gesammelten Werken von Gesell suchen können. Ich wollte aber herausfinden, ob es auch im Netz präsent ist. Ich fand den Text hier: <https://www.pavitro.net/nwo/gesell-nwo/freigeld/kap-4-8.html> Wer der Betreiber dieser Internetseite ist, habe ich nicht kapiert.

Die deutsche Übersetzung von Keynes' Bancor-Plan habe ich als PDF-Datei hier gefunden:

[Keynes' Bancor-Plan – postwachstumsoekonomie.de](http://www.postwachstumsoekonomie.de)

Keynes' Bancor-Plan in deutscher Übersetzung. Vorbemerkung des Herausgebers. Den nachfolgenden Link hatte ich beim Herunterladen nicht beachtet und wunderte mich daher, dass ich gar nicht erkennen konnte, wer den Text in den Umlauf gebracht hat.

www.postwachstumsoekonomie.de/wp-content/.../2008-12-10_Keynes-Bancor-Plan.p...

Ganz erstaunt las ich dann am Schluss der Vorbemerkungen:

4 Mein hilfreicher Mensch, der mir seit einiger Zeit diesen Dienst erwiesen hat, ist krank.

„Mit der freundlichen Erlaubnis von Werner Liedke wird hier nachfolgend seine deutsche Übersetzung von Keynes' „Proposals for an International Clearing Union“ wiedergegeben. Werner Onken“

Ich dachte dann erstaunt: „Wieder ein Zeichen von Werners vielfältiger Aktivität!“ Und dann gingen mir zwei Fragen durch den Kopf: a) Warum folgt nach seinem Namen nicht Hinweis: „Betreuer des Archivs für Geld- und Bodenreform“ und mit einem Link zum Archiv. Mir fiel dazu dann auch gleich die Entschuldigung ein, dass er unter so beschränkten Bedingungen arbeiten muss, die keine Bürohilfe für solche Arbeiten ermöglicht. b) Einleitend schreibt Werner Onken (Wir beide sind uns seit Jahrzehnten gegenseitig freundschaftlich zugetan.):

Auf der berühmten Konferenz von Bretton Woods (1944) stellte John Maynard Keynes als Leiter der britischen Delegation seinen von ihm selbst entwickelten Plan zur Schaffung einer „International Clearing Union“ (ICU) vor.

Im Wikipedia-Eintrag zu dem Stichwort „Bancor“ ist zu lesen:

Bancor ist der Name einer von den englischen Ökonomen John Maynard Keynes und Ernst Friedrich Schumacher entworfenen Weltwährung, die im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg im Rahmen einer neu zu schaffenden International Clearing Union (ICU) entstehen sollte. Der im April 1943 veröffentlichte Entwurf sah die Einführung des Bancor als internationale Verrechnungseinheit vor, an die die teilnehmenden Währungen gekoppelt werden sollten. Der Wert des Bancor selbst sollte durch Gold gedeckt werden.

Am 2. März habe ich über die NWO-Mailing-Liste folgende - hier erweiterte – Fundstelle in Form von Fußnoten weiter gereicht:

[Banken, Finanzen und Wirtschaft im Kontext europäischer und globaler ... https://books.google.de/books?isbn=3487150417](https://books.google.de/books?isbn=3487150417)

Michael Gehler, Marcus Gonschor, Hinnerk Meyer - 2014 - History

4 Keynes dürfte dabei von Silvio Gesell beeinflusst worden sein, der schon 1920 die Gründung einer *Internationalen Valuta Assoziation (IVA)* vorgeschlagen hatte. Neben den (preisstabilen) nationalen Währungen sollte ein von allen Mitgliedsländern akzeptiertes *internationales* Zahlungsmittel (die *IVA* – mit fixem Wechselkurs zu den nationalen Währungen) in Umlauf gebracht werden. Ein Zahlungsbilanzungleichgewicht eines Mitglieds würde durch entsprechende Iva-Abflüsse oder -Zuflüsse ausgeglichen werden (vgl. Betz 2002).

5 Für die langfristige Entwicklungsfinanzierung war die spätere Weltbank vorgesehen.

6 Keynes hatte die Idee einer Weltzentralbank schon früher entwickelt (siehe Keynes 1930) und sich dabei an theoretische Gedanken von Wickel (1922) angelehnt,

der ein „Idealbank“ für bargeldlosen Zahlungsverkehr ohne Abhebungsmöglichkeiten und ohne Reserveverfordernis konzipiert hatte. ...⁵

Keynes selber schreibt unter Textziffer 2, dass seine einzelnen Vorschläge keinen Anspruch auf Originalität erheben. Wörtlich heißt es hier:

2. Es gibt auch in zunehmendem Maße Übereinstimmung über den allgemeinen Charakter einer Problemlösung, die erfolgreich sein könnte. Die einzelnen Vorschläge erheben nicht den Anspruch auf Originalität. Sie sind ein Versuch, gewisse allgemeine Ideen, die zum gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Meinungsbildung gehören und die in den vergangenen Monaten von Autoren der verschiedensten Nationalitäten bekannt gemacht worden sind, in eine praktikable Form zu bringen. Es ist kaum vorstellbar, wie irgendein Plan, der diese Grundideen, die aus dem Zeitgeist geboren sind, nicht berücksichtigt, erfolgreich sein könnte. Die konkreten Details, die nachfolgend vorgebracht werden, sind nicht dogmatisch gemeint, sondern werden als Diskussionsbasis zur Kritik und Verbesserung angeboten. Denn wir können keinen Fortschritt erzielen, ohne die zugrunde liegende Leitidee in einen konkreten Arbeitsrahmen hineinzustellen, wobei sich die praktischen und die politischen Schwierigkeiten zeigen werden, die auf uns zukommen und die wir überwinden müssen, wenn diese Idee wirklich mit Leben erfüllt werden soll.

Ich weiß nicht, ob es in den vorliegenden Arbeiten von Thomas Betz eine Vergleichsanalyse der hier zur Diskussion stehenden beiden Modelle gibt und auch nicht, ob sie von einem anderen Autor verfasst wurde. Ich will jedenfalls nicht versuchen, diese zu liefern, a) weil aus meinem „Brief“ dann eine Broschüre und b) weil der Aufwand vermutlich so hoch wäre, wie eine Bachelorarbeit, von der ich häufiger mal aus der Enkelgeneration höre.

Ich bringe nachfolgend zwei Auszüge aus dem Wikipedia-Eintrag zum Bretton-Woods-System, mache dann folgend ein paar vergleichende Anmerkungen zum Bancor und Iva der beiden Autoren, füge danach eine Bewertung der Iva-Konstruktion in Auszügen aus dem Jahr 1931 ein und kopiere zum Schluss drei Links zur *Weltbank*, zum *Internationale Währungsfonds (IWF)* und zu einem Beitrag über die Kritik an beiden Institutionen als Anregung zur Selbstvertiefung in das Thema durch die Leser dieser Zeilen ein.

Das Bretton-Woods-System

... Benannt wurde das System nach dem Ort Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire, wo die Finanzminister und Notenbankgouverneure bzw. -präsidenten von 44 Staaten der späteren Siegermächte[2] vom 1. bis zum 22. Juli 1944 zur Konferenz von Bretton Woods zusammenkamen und zum Abschluss das Bretton-Woods-Abkommen unterzeichneten. Zur Kontrolle und Durchsetzung des Abkommens wurden in der Folge die Bret-

5 Die Fußnote 6 ist hier verkürzt wiedergegeben.

ton-Woods-Organisationen bzw. -Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) geschaffen. ...

... John Maynard Keynes und Harry Dexter White unternahmen den Versuch, diese Ziele in Einklang zu bringen. Allerdings rivalisierten ihre Pläne untereinander. 1943 wurde die letzte Fassung veröffentlicht. Diese bildete die Grundlage für die gemeinsame Erklärung amerikanischer und britischer Experten und für die Artikel des Abkommens des Internationalen Währungsfonds. Die Fassungen von White und Keynes unterschieden sich in den Verpflichtungen, die sie den Gläubigern auferlegten, in der Mobilität des Kapitals sowie in der Flexibilität der Wechselkurse. White wollte eine Welt ohne Kursstützungen und Kontrollen. Keynes hingegen erlaubte den Ländern, ihren Wechselkurs zu ändern und bei Bedarf Handels- sowie Wechselkursrestriktionen anzuwenden, damit Vollbeschäftigung und Zahlungsbilanz in Einklang gebracht werden können. Die „Clearing Union“ von Keynes sah eine umfassende Zahlungsbilanzfinanzierung vor, welche strengen Einschränkungen und Strafzinsen unterlag, und maß der Flexibilität der Wechselkurse eine wichtige Rolle zu. Damit wollte er verhindern, dass eine deflationistische Politik im Ausland Länder dazu zwang, Arbeitslosigkeit zu importieren. Die Vereinigten Staaten würden, wenn sie ständig – wie in den 1930er Jahren – Zahlungsbilanzüberschüsse erwirtschafteten, die gesamten Ziehungsrechte anderer Länder finanzieren müssen. Diese beliefen sich laut Keynes auf 23 Milliarden Dollar. Da die Clearing Union unbegrenzte Verpflichtungen für Gläubiger mit sich bringen würde, waren die Amerikaner gegen den Plan von Keynes. Deshalb begrenzte der White-Plan alle Ziehungsrechte auf 5 Milliarden Dollar und die Verpflichtungen der USA auf 2 Milliarden Dollar. ...

Meine Eindrücke der beiden Autoren und ihrer Modelle:

1. Sowohl John Maynard Keynes wie auch Silvio Gesell erkennen ein ökonomisches Problem, von dem der *Wohlstand der Nationen* (Adam Smith) mit abhängt. Es sind letztlich Fragen von Krieg und Frieden, für die Antworten gesucht werden. Beide Autoren unterziehen sich ernsthaft dieser Aufgabe und erweisen sich dadurch als Menschenfreunde. Beide Autoren sind angenehm zu lesen, aber dann beginnen die Unterschiede in der Sicht der möglichen Lösungsmöglichkeiten wie auch in den Beschreibungen der Lösungen selbst.
2. Gesell geht bei der Gestaltung seines Modells von der möglichen Selbstregulierung des internationalen Zahlungsverkehrs aus, wenn die Bedingungen dafür geschaffen werden, wobei Keynes daran zweifelt und darum eine Regulierung an vielen Stellschrauben für erforderlich hält. (Nach meiner Einschätzung ist das der Grund, warum die Sozialdemokraten aller Länder nach der Loslösung von Marx so gut mit Keynes konnten. Er war der Retter ihres interventionistischen und fiskalistischen Politikmodells. Die Gegenbewegung ist eben der Neoli-

beralismus Chicagoer Prägung. Hier scheitert und scheiterte die Selbstregulierung, weil sie blind und ohne Vorbedingungen – wie sie bei Gesell zu finden sind – eingeführt wurde.)

3. Die IVA bei Gesell ist eine reine Währungsinstitution, das keine Bankgeschäfte tätigt, während Keynes seinem Modell eine Doppelfunktion von Währungsamt und international tätiger Bank zuweist.

4. Gesell: Er hat nichts gegen das Gold als Ware, hält es aber nicht nur für die Übernahme einer für eine Funktion im Währungsgeschehen für verzichtbar, sondern für ein großes Übel. (Das Gold hat letztlich der Weimarer Republik das Genick gebrochen. Und der Buchtitel von Santiago Fernandes „Ouro a reliquia bárbara“, 1967 - „Gold das barbarische Relikt / Von Bretton Woods zum IWF in Rio“ drückt gut das Problem aus.⁶:)

Keynes nimmt zwar dem Gold die herrschende Rolle im Währungssystem, weist ihr aber eine dienende Rolle zu. (Der Bancor ist also eine Sabotage des Kampfes der Freiwirtschaftsschule gegen das Gold als Währungsgrundlage. Siehe zum Thema auch: „Der Zusammenbruch der Goldwährung“ von Gustav Cassel, 1934.)

5. Gesell formuliert ohne Rücksichtnahme auf die politische Durchsetzbarkeit strikt das Notwendige. Bei Keynes hat man das Gefühl, dass er viele Dinge einbaut, um denen, die dem Plan zustimmen sollen, das Projekt schmackhaft zu machen.

6. Gesell hat bei seinen Überlegungen einen klaren Geldbegriff, bei Keynes habe ich den nicht gefunden.

7. Gesell macht klare Vorgaben für die teilnehmenden Staaten, braucht sich aber nicht um ihre Verschuldungsprobleme zu kümmern und vom realisierten Modell aus braucht auch nicht in die Angelegenheiten der teilnehmenden Staaten hineingeredet zu werden. Keynes formuliert offener und sagt, dieses und jenes könne man so machen, aber auch anders. Am Ende verlieren die teilnehmenden Staaten die Gestaltungsfreiheit für die eigenen Angelegenheiten, die Gesell ihnen lässt.

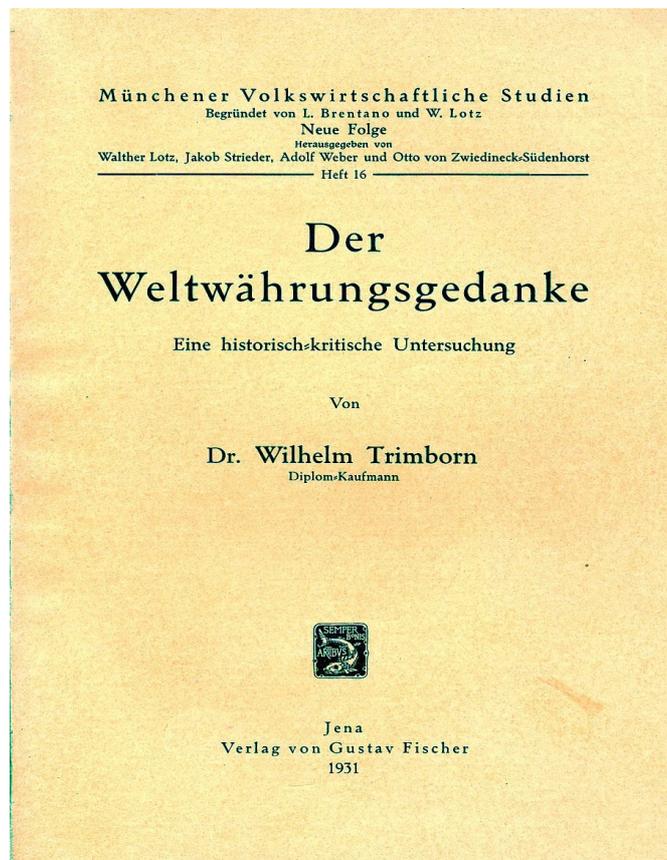
8. Gesell siedelt die IVA-Verwaltung in der Schweiz einem kleinen Staat an, vermutlich auch, damit die Institution nicht zum Machtmittel großer Staaten wird. Die Bancor-Verwal-

6 Thomas Riepenhausen in Portugal hat 1917 ein Teil des Buches ins Deutsche übersetzt.

tung von Keynes soll ihre Domizile in Groß Britannien und den USA finden.

9. Gesells Iva kommt mit einer minimalistischen Organisation aus. Von der Organisationsgröße, das für Keynes Bancor-Plan nötig ist, kann man sich aufgrund der Existenz des IWF und der Weltbank eine Vorstellung machen.

Auszüge zum Thema Bewertung des IVA-Modells aus:



Teil der Seite 78

Den bisher aus der Nachkriegszeit zur Darstellung gebrachten Entwürfen für eine internationale Hilfswährung schließt sich eine ganze Reihe inhaltlich gleicher an; wir können uns jedoch hier mit der Charakterisierung der Hauptvertreter begnügen. Gemeinsam ist allen diesen Entwürfen, daß sie von der theoretischen Grundlage, auf der die modernen Währungen aufgebaut sind und an die sich auch einige in der gleichen Richtung gehende Vorschläge aus der Zeit vor dem Kriege (Van Geetruye, Wolf) hielten, nicht wesentlich abweichen. Ganz anders die 1920 veröffentlichten Ausführungen des Währungstheoretikers Silvio Gesell, denen wir uns nunmehr zuwenden.

Die Forderung Gesells nach einer internationalen Valuta (Iva) ist nur im Zusammenhang mit der von ihm vertretenen dynamischen oder absoluten Währungstheorie zu verstehen ⁷⁾. Gesell ist der Auffassung, daß die Bindung der Währung an die Zufälligkeiten des Goldwertes ihren Aufgaben nicht gerecht werde. Aufgabe der Währung sei die Herstellung eines dauernd festen Durchschnittspreisniveaus. Die bisherige automatische Regelung müsse daher durch eine „aktive Währungspolitik“ ersetzt werden, der als Richtschnur ein Preisindex zu dienen habe. Als Träger der Geldverwaltung fungiert an Stelle der Zentralnotenbank ein staatliches Währungsamt, das keinerlei Kreditgeschäft

- 79 -

betreibt, sondern lediglich die Aufgabe hat, durch An- bzw. Verkauf von Staatsanleihen den Geldumlauf zu regulieren, wobei als Maßstab für den Geldbedarf der vom statistischen Amte fortlaufend ermittelte Durchschnittspreis der Waren zu benutzen ist ⁸⁾.

Es ist ohne weiteres klar, daß bei selbständigem Nebeneinanderbestehen mehrerer derartiger Währungen Begriffe wie „Münzpari“, „Goldpunkt“ und „Goldarbitrage“ gegenstandslos werden. Die Währungen hängen, nun nicht mehr durch das Gold aneinander gebunden, völlig unabhängig voneinander in der Luft. Ein fester Anhaltspunkt für die Bildung des Wechselkurses fehlt. Dieser wird nun durch die Kaufkraftparität und in gewissen Grenzen durch die Zahlungsbilanz bestimmt. Die Kaufkraftparität aber unterliegt Schwankungen, die herrühren können 1. aus plötzlichen innerwirtschaftlichen Wandlungen, denen das Währungsamt nicht sofort den Geldumlauf anzupassen vermag, und 2. daraus, daß die Währungspolitik der einzelnen Währungsämter nicht nach genau gleichen Grundsätzen geführt wird. Was die Zahlungsbilanz betrifft, so werden sich auch hier heftigere Schwankungen bei dem Fehlen des Ausgleichsmittels „Gold“ nicht vermeiden lassen ⁹⁾ Aus diesen Überlegungen heraus muß man als Anhänger der absoluten Währung notwendig zu der Forderung kommen, daß 1. in der Politik der verschiedenen nationalen Währungsämter eine gewisse Einheitlichkeit garantiert und 2. ein dem Golde zumindest gleichwertiges internationales Ausgleichsmittel geschaffen werde.

Zur Lösung des Problems will Gesell die „Internationale Valuta-Assoziation“ ¹⁰⁾ gründen. Die dieser Assoziation angeschlossenen Staaten führen als Währungseinheit die „Iva“ ein, eine Größe, deren Ermittlung von Gesell nicht näher angegeben wird. Sie verpflichten sich, Währungspolitik nach den Grundsätzen der absoluten Währung zu betreiben.

„Die . . . statistischen Arbeiten werden nach einheitlichen Richtlinien geführt und ihr Ergebnis in einem besonderen internationalen statistischen Büro ständig verglichen und nachgeprüft“ ¹¹⁾. Darüber hinaus regt Gesell noch ein „internationales Währungsamt“ an, „wo die Bewegungen der Devisenkurse beobachtet, ihre

7 S. 78 - 1) Vgl. hierzu Gesell, Internationale Valuta-Assoziation (Iva), Sontra in Hessen 1920, S. 21ff.

8 S. 79 - 1) Gesell, S. 25f.

9 S. 79 - 2) Vgl. ebd. S. 26ff.

10 S. 79 3) S. 35.

11 S. 79 4) S. 39.

Ursachen erkundet und den nationalen Geldverwaltungen diejenigen Maßnahmen nahegelegt werden, die als geeignet erscheinen, um die Devisendifferenzen zu beseitigen, wobei es sich immer nur um die Vermehrung oder Verminderung des Geldumlaufes

- 80 -

handeln kann¹²⁾). Um nun aber trotz dieser Einrichtungen noch auftauchende Devisenkursschwankungen automatisch unmöglich zu machen, „wird eine besondere internationale Valutanote geschaffen, für die alle Iva-Staaten solidarisch haften, die unbehindert ein- und ausgeführt werden kann und gesetzliche Zahlkraft pari mit dem nationalen Gelde haben soll“¹³⁾). Die Iva-Noten werden in einer Zentralstelle, z. B. in Bern, hergestellt und den beteiligten Staaten gegen Erstattung der Unkosten, sonst aber kostenlos ausgeliefert. Ihre Menge wird lediglich nach ihrem regulatorischen Zweck bemessen; Gesell hält 20 % des nationalen Notenumlaufs für genügend. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, das nationale Geld stets pari mit der Iva-Note zu halten. „Die Iva-Verwaltung erhält für die gelieferten Valutanoten Wechsel ausgestellt, die dann fällig werden, wenn durch fehlerhafte nationale Währungspolitik ... die Valutanoten gänzlich über die Grenze vertrieben werden und für dieselben ein Agio auftritt. Von diesem Tage an wird auch für die fälligen Wechsel ein Zins berechnet.“ „Die Valutanote wird zweckmäßig in der Stückelung hergestellt, die besonders für den Kleinverkehr in Frage kommt, so daß jeder Mangel oder Überfluß sich sofort fühlbar macht, wodurch die nationale Währungspolitik der öffentlichen Kontrolle unterstellt wird.“

Man kann wohl sagen, daß bei Erfüllung dieser Forderungen die nationale Selbständigkeit des Geldwesens, die Gesell ausdrücklich betont¹⁴⁾, nur noch der Form nach vorhanden ist und daß die Iva vielmehr in jeder Beziehung der radikalste Unifizierungsvorschlag ist, den wir bisher kennengelernt haben, - allerdings auch der mit den geringsten Aussichten auf praktische Ausführbarkeit. Gesell scheint übrigens selbst gefühlt zu haben, daß das in seinem Sinne internationale Geld schließlich nicht mehr Hilfgeld, sondern Alleingeld sein werde; denn er hält es durchaus für gegeben, daß man eines Tages die Währungsämter der einzelnen Staaten in dem internationalen Währungsamt zentralisiere und so „den alten Traum des Weltgeldes“ verwirkliche¹⁵⁾). Die Iva-Noten Gesells erinnern in ihrer Eigenschaft als internationales Ausgleichsmittel stark an die 1877 von Van Geetruye und später von Wolf vorgeschlagenen internationalen Noten; doch ist der grundsätzliche Unterschied zu beachten, daß es sich bei diesen um regelrechte

- 81 -

Banknoten handelt und nicht um nach der Methode der absoluten Währungstheorie in Umlauf gesetzte Scheine. -

An dieser Stelle muß noch zweier Autoren gedacht werden, die sich der absoluten Währungstheorie Gesells insofern nähern, als sie die Bindung der Währungs-

12 S. 80 1) Gesell, S. 28.

13 S.80 2) vgl. hierzu u. z. folgenden Gesell, S. 39f

14 S. 80 3) S. 39.

15 S. 80 4) S. 28.

- 23 -

einheit an eine greifbare Unterlage wie z. B. Gold mehr oder weniger ablehnen. Der eine ist Hans Heymann, der in enger Annäherung an Gesell als „ersten Grundsatz jeder vernunftgemäßen Geldschöpfung“ „die Stabilisierung eines durchschnittlichen Preisniveaus auf Grund exakter Indexziffern“ aufstellt¹⁶). Er hatte 1921 zunächst eine „internationale Objektwährung“ gefordert, deren Grundlage nicht Gold, sondern bestimmte „Nutzeinheiten“ sein sollten, für die durch internationale Konvention „entsprechende Wertzeichen“ zu vereinbaren wären. Ein internationales Währungsamt hätte deren „Normalwert für bestimmte Weltmarktverhältnisse“ festzusetzen. Ob man dann die „Nutzeinheit“ als „Objektdollar“ oder „Objektsmark“ oder anders bezeichne, sei gänzlich gleichgültig¹⁷).

Dieses Währungsprojekt, dem der Anknüpfungspunkt an die Realitäten fehlte, hat Heymann dann in der im Jahr darauf erschienenen Schrift über eine „Völkerbank“ wesentlich den praktischen Möglichkeiten angenähert. Die währungstechnische Tätigkeit der „Völkerbank“, deren Noten auf eine einheitliche internationale Hilfswährung lauten, unterscheidet sich nicht wesentlich von der einer normalen Notenbank¹⁸) etwa im Sinne Vanderlips, abgesehen davon, daß Heymann eine effektive Deckung der Noten als Luxus erachtet und die Schaffung „fiktiver Goldwerte“¹⁹) für ausreichend hält. - Heymanns weitere Vorschläge, die sich auf kreditpolitischem Gebiet bewegen, können in diesem Zusammenhang außer Betracht bleiben.

Den Gedankengängen Gesells und Heymanns in den theoretischen Grundlagen verwandt ist das „wissenschaftliche Geldsystem“ und die „Weltwährung“, die ein Amerikaner unter dem Decknamen Economicus propagierte²⁰). Er möchte zwar den amerikanischen Dollar als Wertmaßeinheit beibehalten, lehnt aber eine spezielle Währungsunterlage wie z. B. das Gold ab und möchte den Wert des Dollars „auf den gesamten Reichtum eines Volkes“ stützen. Die Ausgabe von Geldscheinen

- 82 -

soll nicht einer Bank, sondern der Regierung vorbehalten sein, die sie nur gegen in Waren und Leistungen erhaltene Werte emittieren darf. Der Gesamthöchstbetrag der Noten steht in einem festen Verhältnis zum Volksvermögen oder zur Volkszahl. Die Internationalisierung des Geldes erfolgt so, daß die Scheine von mehreren Regierungen gemeinsam garantiert werden und alleinige und unbeschränkte gesetzliche Umlauffähigkeit erhalten. Sie sollen lediglich auf Dollar lauten; die Vielheit der Geldeinheiten habe keinen rechten Daseinsgrund und sei zeitwidrig.

b) Internationale Währung und Paneuropabewegung.

...

16 S. 81 1) Heymann, Die Völkerbank, Berlin 1922, S. 29

17 S. 81 2) Vgl. hierzu Heymann, Die Welt-Kredit- und Finanzreform, Berlin 1921, S. 97 ff.

18 S. 81 3) Völkerbank, S. 17, 22 ff.

19 S. 81 4) a. a. O. S. 23.

20 S. 81 5) Vgl. hierzu Diehl, Theoret. Nationalökonomie, Bd. III, S. 5081.

Der Vorschlag Silvio Gesells ist auch der einzige, der übrig bleibt, wenn wir uns nun abschließend fragen, welche von den modernen Weltwährungsprojekten denn überhaupt das Doppelproblem der Weltwährung in Angriff nehmen, also sowohl Währungsvereinheitlichung wie Währungsgemeinschaft fordern. Unglücklicherweise aber ist dieser Vorschlag auf einer Theorie aufgebaut, die als die Aufgabe der Währung die Aufrechterhaltung eines konstanten Preisniveaus bezeichnet. Diese Theorie würde die Möglichkeit einer statischen Wirtschaft voraussetzen, die wir für die Praxis natürlich verneinen müssen. Festzuhalten ist jedoch die, wie wir noch sehen werden, richtige Erkenntnis Gesells, daß eine Weltwährung eine Zentralinstanz für das Währungswesen mit einer gewissen Oberherrschaft über die nationalen Währungen erfordert.

Ende Auszüge aus Der Weltwährungsgedanken

von Dr. Wilhelm Trimborn

Auszüge aus Netzbeiträge

Weltbankgruppe

Die Weltbank wurde im Juli 1944 auf der Währungs- und Finanzkonferenz der Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen in Bretton-Woods (USA) zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds ([IWF](#)) gegründet. Sie ist wie der IWF eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Ursprünglich war ihr Ziel, nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufbau zu fördern und in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds stabile Währungen zu schaffen. Seit den 1960er Jahren ist es ihre Hauptaufgabe, die Armut in der Welt zu bekämpfen und zum wirtschaftlichen Aufbau und der Förderung von Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern beizutragen. So trägt sie als weltweit größter Finanzier von Entwicklungsvorhaben und durch die Bereitstellung von Fachwissen zum Erreichen der internationalen Entwicklungsziele bei.

https://www.bmz.de/de/ministerium/wege/multilaterale_ez/akteure/weltbank/index.html

Der IWF auf einen Blick

Informationsblatt

Juli 2000

- *Der Internationale Währungsfonds (IWF) wurde am 27. Dezember 1945 mit der Unterzeichnung eines Übereinkommens durch 29 Länder offiziell ins Leben gerufen; ausgearbeitet wurde das Übereinkommen auf einer Konferenz in Bretton Woods, im amerikanischen Bundesstaat New Hampshire (1. bis 22. Juli 1944). Der IWF nahm seine Finanzoperationen am 1. März 1947 auf.*
- *Derzeitige Mitgliedschaft: 182 Länder.*
- *Quotensumme: 210 Mrd. SZR (fast 300 Mrd. US-\$), im Anschluss an eine 45-prozentige Quotenerhöhung, die am 22. Januar 1999 in Kraft trat.*

- *Leitende Organe: Gouverneursrat, Internationaler Währungs- und Finanzausschuss, Exekutivdirektorium.*
- *Personal: Ungefähr 2 700 Mitarbeiter/innen aus 123 Ländern.*
- *Rechnungseinheit: Sonderziehungsrecht (SZR). Mit Stand vom 8. August 2000 betrug ein SZR 1,30904 US-\$.*

<https://www.imf.org/external/np/exr/facts/deu/glanced.htm>

0000000000

IWF und Weltbank: Mit Schulden Politik machen?

- [Finanzkrise hat den G20-Prozess beschleunigt](#)
 - [Gipfel der Unverbindlichkeiten](#)
 - [Bonusfrage wird im Wahlkampf aufgebauscht](#)
 - [Das Ende der G8](#)
 - ["Der Berg darf nicht ins Rutschen kommen"](#)
 - [Pressestimmen zum G-20-Treffen: "Mehr als ein Fototermin"](#)
 - [G20-Staaten wollen Weltkonjunktur ankurbeln](#)
 - [Kampfansage an "Steuroasen"](#)
 - [Bildergalerie: Die Akteure des G20-Gipfels und ihre Interessen](#)

Undemokratische Gehilfen der reichen Industrienationen - so sehen Globalisierungskritiker und Umweltorganisationen den Internationalen Währungsfonds IWF und die Weltbank. Viele fordern Reformen der Finanzorganisationen.

Die Kritiker werfen dem IWF eine Schuldenpolitik im Interesse der Industriestaaten vor, indem die Wirtschaft sogenannter Entwicklungsländer auf Kosten der Armen liberalisiert werde. Gleichzeitig macht man IWF und Weltbank mitverantwortlich für Umweltzerstörungen durch die langjährige einseitige Förderung von Großprojekten wie Staudämmen oder fossilen Energien.

<http://www.dw.com/de/iwf-und-weltbank-mit-schulden-politik-machen/a-4050118>

Ende Text 156 / TA